

Da neue Unbehagen in der Kultur „Ich lebe gerne und ich lebe gerne lang“

Dieser Satz löst Unbehagen aus, sendet eine seltene Botschaft aus. Heutige Lebenskultur vermittelt: Lebensmüdigkeit.

Dennoch bestehe ich auf diesem Satz. Er soll für mich gelten, aber auch für alle anderen, die sich nach gutem Leben vor dem sicheren Tod sehnen. Es gilt, die Bedingungen für gutes und langes Leben, für ruhiges Altwerden und ruhiges Sterben zu verändern. Die Bedingungen derzeit sind ungünstig.

Ich bin seit Oktober 2003 Pflegeombudsmann von Wien, zuständig für öffentliche, gemeinnützige, private Heime, für die Pflege und Betreuung in den eigenen vier Wänden oder in geliehenen vier Wänden. Auf dem Weg durch diese Menschenlandschaften ist mir einiges aufgefallen und klar geworden.

Wer hier zu Lande alt geworden ist, an Arbeitsfähigkeit, Genuß- und Konsumfähigkeit eingebüßt hat, wer Hilfe und Betreuung braucht, verliert nützliche menschliche Substanz und degeneriert zum bloßen Kostenfaktor.

Allüberall ertönen die Kassandrarufe der Demoskopen: In Zukunft noch mehr 80-jährige, noch mehr 90-jährige. Gemeint sind wohl Frauen, denn das hohe Alter ist, so wie die Pflege selbst, ein weibliches Regiment. Klage: noch mehr Pflegebedürftige, Betreuungsbedürftige, Demente, Depressive.

2050, so die Kassandrarufer, wird Wien ein einziges Altersheim sein, mit dem Stephansdom als Hauskapelle in der Mitte, in der altersverwirrte Bischöfe und Erzbischöfe falsche Messen lesen.

Wird es so sein? Vor 30 Jahren habe ich an der Studie „Systemanalyse des Gesundheitssystem in Österreich – Untertitel: eine Studie über Entstehung und Bewältigung von Krankheit im entwickelten Kapitalismus“ – teilgenommen (Montan – Verlag, Wien, 1978 2 Bände). Auftraggeber war das Bundeskanzleramt, durchgeführt wurde die Studie am Institut für Höhere Studien und Wissenschaftliche Forschung in Wien.

Auftraggeber Kreisky ist tot. Seine Sozialdemokratie ist zum Wahlverein verkommen, der Kapitalismus ist aus dem Parteiprogramm verdrängt worden, dafür ist man allüberall dem Neoliberalismus auf der Spur. Auf der Spur bei anderen Parteien. Zeigen sich neoliberale Spuren im eigenen Bereich, - in der Gewerkschaft, im roten Wien -, wird die Spurensuche abrupt eingestellt oder es werden Einzeltäter namhaft gemacht: Verzetnitsch, Weninger.

Damals vor 30 Jahren, hatten die Demoskopen eine Sorge: sinkende Lebenserwartung in Folge des Anstiegs der chronischen Volkskrankheiten (Herz- Kreislauferkrankungen, bösartige Tumoren, Erkrankungen der oberen Luftwege, psychische Erkrankungen). Die Demoskopen haben sich geirrt. Eine Hochblüte des Sozialstaates, „General Happyness“, viel „Rundumglück für alle“, trieb, spät aber doch, auch in Österreich die Lebenserwartung in die Höhe.

Ich bin ein Profiteur dieser Entwicklung. Ich lebe gerne und gerne lange.

Der Anteil der Medizin an „General Happyness“ und höherer Lebenserwartung ist gering, der Anteil des alles, nicht nur Geld umverteilenden Sozialstaates ist riesengroß. Will man den Anteil von Menschen, die alt werden und dennoch gesund und selbstversorgend bleiben, erhöhen, muss kostenloser Zugang zur Bildung, Ausbildung für alle garantiert werden. Wer Gesundheitskosten sparen will, muss in Bildung investieren. Eine gute Bildungsministerin erspart uns die Gesundheitsministerin. Derzeit würde ich mir gerne beide ersparen.

Damit sind wir beim Zentralthema unserer Gesellschaft: was kosten uns die Alten, wie sollen sie finanziert werden.

Die Ökonomisierung aller Lebensbereiche hat sich durchgesetzt. Vor 30 Jahren war es die Demokratisierung aller Lebensbereiche, die angestrebt wurde. Das ist schief gegangen. Österreich ist eine ausgetrocknete Demokratie.

Die Ökonomen warnen: die Lebenserwartung steigt, die Alten sind nicht mehr finanzierbar. Daher: im Gesundheitsbereich „Basisversorgung“ für die große Masse der Alten mit Mindestrente. „Vollversorgung“ für Reiche, Sondersichere, Zusatzversicherte, für die hohe Politikerkaste.

Die einen beklagen die Überalterung, die anderen eine Unterjüngung. Die, per Gebot, zur Zeugungsverweigerung Verurteilten Geistlichen der Römisch Katholischen Kirche zeigen mit ihren dicken Pfoten auf geburtsverweigernde Emanzen (Weihbischof Laun Salzburg). Geburtenrückgang, große Gefahr: die fromme Rasse der Europäer stirbt aus.

Wenn man davon ausgeht, dass Sozialstaatsbedingungen die Lebenserwartung erhöht, dass vor allem Bildung das Krankheitsrisiko senkt, wenn man weiß, dass in den letzten 10 Jahren (nicht erst ab dem Jahre 2000) das solidarische System systematisch abgebaut und das individualistische Modell zu wuchern begann, kann mit Sicherheit die Zunahme von Lebenserwartung ausgeschlossen werden. Was jedoch ansteigen wird, sind die chronischen Krankheiten, denn Armut macht krank, macht früh krank. Der epidemiologische Vergleich schafft hier Sicherheit: In Afrika, Indien, China, Lateinamerika, in farbigen Amerika, in den Armutsregionen reagieren Krankheit und kurzes Leben.

Traurig aber wahr: die Lebenserwartung wird auch hier wieder sinken. Der Sozialforscher Bernd Marin irrt, wenn er, bei unpolitischer Hochrechnung, alle 10 Jahre ein Jahr dazu gewinnen will, daher ein Jahr Arbeitsweiterpflichtung fordert.

Die Ökonomen klagen: schon jetzt sind die letzten drei Lebensjahre eines Menschen die teuersten für die Krankenkassen. Daher altenbedingte Explosion der Gesundheitskosten. Bald werden die Kassen zahlungsunfähig sein. Doch die

Zahlungsunfähigkeit der Gebietskrankenkasse ist nicht altenbedingt. Die Unternehmer schulden der Wiener Gebietskrankenkasse 150 Mill. Euro an Beiträgen. Das ausgewiesene Defizit der Gebietskrankenkasse beträgt 30 Mill. Euro. Würde die Regierung die beitrags hinterziehenden, betrügerischen Unternehmen so verfolgen wie arbeitslose Schwarzarbeiter, hätte die Gebietskrankenkasse einen Überschuss von 120 Mill. Euro.

Die Geschichte mit den Alten und der Kostenexplosion ist also Feindpropaganda gegen die Alten.

Den Alten wird doppelt Angst eingejagt: wer alt wird ist sofort krank, dement, pflegebedürftig. Wer alt ist, verursacht Kosten auf dem Rücken der jüngeren Generation.

Nicht lange ist es her, da wurde in Österreich „Generationenkonflikt“ gespielt.

„Dass sich die ältere Generation gegenüber den Jüngeren einen Vorteil verschaffe, diese gar ausnütze, ist eine Behauptung, der Martin Kohli, Soziologe an der Freien Universität Berlin, widerspricht.

Kohli unterscheidet zwischen öffentlichem und privatem Generationenvertrag. Ersterer ermögliche massive Transfers innerhalb der Familie. Dreiundzwanzig Prozent der Eltern geben Geld an ihre Kinder weiter, finanzieren Wohnung und Kleidung, bezahlen auch das Auto. Umgekehrt fließt nur in zwei Prozent aller Fälle Geld von Kindern an die Alten.

1996 seien pro Neunundfünfzigjährigem 3650 Euro an seine Kinder gegangen. Dies mache zusammen 17,2 Millionen Euro beziehungsweise neun Prozent der insgesamt ausgezahlten Altersversorgung in diesem Jahr aus.

Die ältere Generation leiste aber nicht nur materielle Hilfe, sondern gewähre auch praktische Unterstützung im Bereich der Pflege und Betreuung. So sei etwa die Kinderbetreuung in vielen Familien ohne Großeltern undenkbar: Dreiundzwanzig Prozent der Sechzig- bis Fünfundsechzigjährigen versorgen ihre Enkelkinder. Elf Prozent pflegen Angehörige. Neun Prozent sind ehrenamtlich tätig.

Insgesamt würden von den alten Menschen 3,5 Milliarden Arbeitsstunden pro Jahr kostenlos geleistet, was einer Gesamtsumme von 41,3 Milliarden Euro jährlich entspreche. Diese Summe wiederum mache einundzwanzig Prozent des Altersvermögens aus.

Ich werde diesen Zahlensalat der jungen ÖVP-Abgeordneten Silvia Fuhrmann weiterreichen, die sich von den Alten ausgeplündert fühlt. „Gerade drei Wurstsemmeln“ könne man sich für zehn Euro kaufen, kritisierte sie die Proteste an den Pensionskürzungen im Februar 2004. (W. Vogt, Reise in die Welt der Altenpflege, Seite 52, Edition Steinbauer).“

Im Österreichischen Fernsehen liefen in der letzten Zeit zwei Werbespots:

Spot 1: zwei junge Menschen spielen Tennis, eine alte, gebückte, runzelige Frau eilt am Platz hin und her, sammelt die Bälle ein. Dann tritt ein junger, geschneigelter Schnösel auf und verkündet: die Alte hat schlecht vorgesorgt. Hätte sie richtig vorgesorgt, wäre sie klug gewesen, müsste sie nicht jetzt, im hohen Alter herumhetzen und den Jungen dienen.

Spot 2: ein Mann hetzt mit 7 Hunden durch den Park. Auch er muss im Alter für andere sich von Hunden jagen lassen. Der Jungschnösel verkündet: der Herr hat falsch gehandelt, nicht rechtzeitig vorgesorgt. Jetzt wird er eben von Hunden gehetzt.

Zwei Werbespots, eine Botschaft: nur wer reichlich Geld hat, reichlich vorsorgen kann, für den ist das Alter kein Hundeleben.

Nicht nur in der Werbung: handfeste Altenfeindlichkeit.

Wien erlebt seit 30 Jahren immer wieder Pflegeskandale. 1974 beklagte die Wiener Kontrollärztin Dr. Mila Kars die Zustände bei der Altenbetreuung im Krankheitsfalle, im Pflegefalle. Es gab einen Skandal, die Ärztekammer war tief beleidigt, weil die skandalöse Behandlung alter Menschen auch Ärzte betraf. Die Ärztekammer verlangte die Abschiebung, verlangte die Psychiatrierung der

Ärztin Mila Kars. Mila Kars wurde zwar nicht psychiatriert, aber, pünktlich mit 60 Jahren aus dem Rathaus-Dienst entlassen. Sie hat Wien verlassen, ist nach Paris ausgewandert. Im Rathaus und in der Stadt herrschte wieder Ruhe. Vielen alten Menschen ging es weiter nicht gut.

1989 gab es, nicht im Altersheim, aber im Krankenhaus Lainz die Tötungsdelikte. Vier völlig überforderte Hilfsschwester hatten schwerkranke alte Menschen „erlöst“. Die Arbeitsbedingungen, die zur Überforderung der Hilfsschwester führten, dass sie völlig im Stich gelassen wurden, das kam nie vor Gericht. Als die vier Hilfsschwester, „die Hexen von Lainz“, verurteilt waren, setzten sich verantwortliche Ärzte in ein nahes Kaffeehaus und bestellten Champagner.

Derzeit steht in Kempten (Bundesrepublik Deutschland) ein junger Krankenpfleger vor Gericht, dem vorgeworfen wird, 29 Patienten getötet zu haben. Getötet hat der Krankenpfleger mit Narkosemitteln, mit Lystenon. Er hat diese Medikamente immer wieder bestellt, die Ärzte haben die Bestellungen unterschrieben. Es fand keine Medikamentenkontrolle statt. Vor Gericht wurde klar, dass es katastrophale Zustände an der Klink gab, dass die Kommunikationsstrukturen „kaputt“ waren.

Der Pfleger Stefan E., hat, gleich zu Beginn des Verfahrens, einen merkwürdigen Satz gesagt: „Ich wusste, dass ich gegen Gesetze verstieß, aber ich fühlte mich im Recht“.

„Peter Brückner bietet für derart außergewöhnliche Gewalttaten – die Tötung von Schutzbefohlenen, seien es nun Kinder, Patienten oder hilflose Alte – drei Erklärungsmuster an. Erste Erklärung: Wer seine eigenen Kinder, seine Pflegepatienten misshandelt oder tötet, ist eine defekte Person, ein Psychopath. Viele gute Eltern und Pfleger, wenige Monster. Aus. Diese schlichte Schuldzuweisung ließe sich auch „Wiener Sichtweise“ nennen. Sie produziert nichts als große Distanz zu „Hexen“, „Teufelinnen“, „Schweinchen“ – wie die Lainzer Hilfsschwester unter anderem benannt wurden –, schafft Platz für

große Mengen an falscher Unschuld. Die Verantwortlichen für elende Zustände ziehen sich mit gut gespielter Entsetzen aus der Verantwortung.

Eine zweite, nebst persönlicher Anlage zumindest auch das Milieu berücksichtigende Erklärung bietet die „Konvergenztheorie“. Die Täter hatten schlechte Karten, schwierige Ausgangsbedingungen, großes Bildungsdefizit, kaum Chancen, mit Spannungen, aufkeimenden Aggressionen oder falschem Mitleid fertig zu werden (gibt es denn richtiges Mitleid?). Da die Möglichkeit der sprachlichen Bewältigung von Problemen gering ist oder gar fehlt, herrscht ein „motorisches Aktionsmuster“ vor. Handgreiflichkeit statt Wortgefecht. Den Tätern werden hier zumindest Tatbedingungen zugestanden, für die sie nicht ausschließlich alleine verantwortlich sind. Bei der Beschreibung des Tätermilieus kommen die Lebensbedingungen von Täter und Opfer zum Vorschein. Arm pflegt Arm, beide sind desintegriert, isoliert, stigmatisiert, nagen häufig – physisch wie psychisch – am Existenzminimum.

Dritte Erklärungstheorie Brückners: Bei Tötungsdelikten an Abhängigen handelt es sich tatsächlich um einmalige, aber auch seltene Ereignisse. Als eine Art „Spitzenleistung“ bedürfen sie – so wie andere Spitzenleistungen, etwa jene im Sport – einer breiten Grundlage (viele tun es) und eines günstigen öffentlichen Klimas. Patiententötungen beruhen auf der Basis von Patientenmisshandlungen. Und: Die Vorbedingungen für Misshandlung entstehen in einem Klima der prinzipiellen Zustimmung aller. Es herrscht eine schlechte Großwetterlage für Alte, wenn in Institutionen Gewalt gegen sie ausgeübt wird, sei es nun verbale Gewalt, Zwangsmaßnahmen, Ruhigstellung durch Medikamente oder strukturelle Gewalt in Form einer nicht vorhandenen Tag-Nacht-Struktur, fehlenden Besuchs, des Dahindösens vor dem Fernseher in einer Pseudospitalsatmosphäre bis zum Lebensende.

Die geläufige Rede von der wachsenden Überalterung, den steigenden Gesundheitskosten im Alter, dem schwelenden Generationenkonflikt, der ökonomisch argumentierten Absage an Solidarsysteme schürt eine allgemeine Feindseligkeit gegen biologisch Schwache, unbrauchbare Alte, chronisch Kranke. Dieses falsche und damit (nach Kant) auch unethische Gebräu von Argumenten schafft die gefährliche Großwetterlage für außerordentliche

Spitzenleistungen der Unmenschlichkeit.(W. Vogt,„Reise in die Welt der Altenpflege, Seite 10, Edition Steinbauer).“

Es gab auch die Zeit der staatlich verordneten Unmenschlichkeit.

„Als es, kaum war Adolf Hitler 1933 Reichskanzler in Deutschland, um die Realisierung der Rassenhygiene, um Auslese, Ausmerzungen, Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens ging, um eine inhumane Kosten-Nutzen-Analyse, begann das große Aussortieren in den Anstalten. Wer alt und nutzlos war, wer Kind und unnütz schien, war zu melden.

Das im Juli 1933 rasch beschlossene „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ trat in Deutschland mit Jänner 1934, im nun Ostmark genannten Österreich mit Jänner 1940 in Kraft. Mit Hilfe der „Reichsarbeitsgemeinschaft Heil- und Pflegeanstalten“ wurden die Sortier- und Mordanstalten vernetzt. Um die Reise in den sicheren Tod kümmerte sich die im November 1939 gegründete „Gemeinnützige Krankentransport GmbH“ (Gekrat). Und in einer ehemals jüdischen Villa in Berlin, Tiergartenstraße 4, wurde die Aktion T-4 organisiert, das große Morden, das man Euthanasie oder Gnadentod nannte. Zwanzig Prozent aller Heiminsassen – geschätzte 70 000 Menschen – sollten beseitigt werden. Und das schaffte man schließlich auch in den sechs Gasmordanstalten des Reiches.

Sofort nach In-Kraft-Treten des Gesetzes meldete das Versorgungsheim Lainz 346 unbrauchbare Patienten. Ob sie alle zur Vergasung nach Steinhof, nach Ybbs, dann nach Hartheim bei Linz abtransportiert wurden, wissen wir nicht, denn die Aktenlage ist, fünfundsiebzehn Jahre nach Beginn des Mordens, dürftig. Da hatten viele Menschen viel Zeit für die Beseitigung der Unterlagen. Nachvollziehen lässt sich der letzte Weg von siebenundfünfzig Ermordeten aus Lainz.

Am Wiener Steinhof, Abtransport- und Sammelstation des großen Patientenmordens, hält das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes zurzeit bei 3200 Opfern. In der berüchtigten Kinderabteilung Am Spiegelgrund wurden 766 Kinder zuerst aussortiert, gemessen, fotografiert,

gemeldet, gequält, dann ermordet, ausgeweidet und ihre Körperteile in Gläsern für die Nachkriegsforschung aufbewahrt.

Die 3200 „Juden oder Judenabkömmlinge“ unter den 4900 Wiener Ärzten hat man gewaltsam entfernt, verjagt oder abtransportiert und umgebracht. Der bereinigte üble Rest war zur Komplizenschaft bereit. In Lainz schrieb man nach Vertreibung der Juden zweiundzwanzig Arztposten neu aus. Der damalige Direktor des Versorgungsheimes Lainz, Dr. Bela Herz, ein erklärter Freund der Alten, nahm sich am 12. März 1938, dem Tag von Hitlers Einmarsch in Österreich, das Leben. Er wurde neunundvierzig Jahre alt. Ob er Jude war, weiß man nicht. Er war jedenfalls Katholik. Bela Herz hat, auf seine Art, Widerstand geleistet. Vielleicht sollte man ihm am grünen Gelände des Geriatriezentrums am Wienerwald, wie Lainz jetzt heißt, ein Denkmal errichten. Bis jetzt thront dort nur der Antisemit Lueger. (W. Vogt „Reise in die Welt der Altenpflege, Seite 102, Edition Steinbauer).“

Was einmal war, kann wiederkehren. Am Schauspielhaus Hamburg wurde im Jänner 2006 ein Stück von Carl Henning Wijkmark aufgeführt. Titel: „Der moderne Tod. Vom Ende der Humanität“.

Auf der Bühne finden sich fünf Sozialexperten neuen Typs, die den Gerontozid empfehlen. Es wird beraten, ab welchem Alter der Mensch aus dem Leben zu treten habe, weil dies einfacher, ökonomisch günstiger, für die Hinterbliebenen eine Erleichterung sei. Der gesetzliche Gerontozid wird aus ökonomischen Gründen empfohlen

Es tritt dann ein Sozialstaatsanhänger auf, der die Tötung von alten Menschen moralisch verurteilt und ablehnt. Nach einigen großartigen Reden zugunsten des Sozialstaates ergreifen wieder die Sozialexperten neuen Typs das Wort und meinen: wenn schon nicht Gerontozid, so sollte wenigstens eine generelle Leichenverwertung eingeführt werden. Es sei einfach schade, um das viele Fleisch, das man zu Dünger verarbeiten könnte. Viel Dünger, erhöhte Lebensmittelproduktion, weniger Hunger und mehr Gewinn.

Letztendlich kommen die Experten jedoch zur Einsicht, dass nur beides, also die Tötung von Menschen und deren industrielle Leichenverwertung, eine wirklich große Hilfe für die Gesellschaft darstellt, ökonomisch Sinn ergäbe.

Noch ist es nicht so weit. Was aber Literatur ist, kann Wirklichkeit werden. So wie wirklich ist, was Literatur kündigt.

Vor zwei Jahren hat die Justizsprecherin der Österreichischen Volkspartei die Empfehlung abgegeben, dass Strafgefangene sozialen Ausgang erhalten sollen und ihren Sozialdienst in Altenheimen verrichten sollen. Es sollten also die Eingesperrten zu den Ausgesperrten transportiert werden. So könne man der Überfüllung von Gefängnissen Herr werden. Pius Strobl, einst Gendarm im Burgenland, nun Unternehmer in Wien, Kuratoriumsmitglied der Grünen im ORF, tritt für einen Neubau des ORF-Zentrums ein. Befragt, was mit dem alten Betonklotz Künigelberg, der einem Führer-Hauptquartier gleicht, geschehen soll, gab er folgende Empfehlung ab: man könne ihn als Altenheim verwenden. Wenig Sensibilität.

Die Grünen haben in Wien einen Vergleich zwischen Strafgefangenen und den alten Menschen in Altenheimen in Wien angestellt. Sie kamen zum Schluss: die Vorschriften für den Aufenthalt von Strafgefangenen sind wesentlich konkreter und menschenfreundlicher als jene für die Betreuung von alten Menschen in Pflegeheimen. Strafgefangen ist besser als alt und gefangen.

Das galt bis vor zwei Jahren.

In der Zwischenzeit, um ein mal etwas Gutes zu berichten, gibt es das Wiener Wohn- und Pflegeheimgesetz. Hier werden erstmals genaue gesetzliche Vorschriften dafür erlassen, was in einem Pflegeheim zu geschehen hat. Es wird der Bedarf an Personal definiert, es wird erklärt, dass es neben somatischen Bedürfnissen auch psychosoziale und soziale Bedürfnisse gibt, die zu erfüllen sind. Es wird klargestellt, dass gutes Leben im Alter auch in einem Heim möglich sein muss. Dass nicht die ärztliche Betreuung dominiert. Der

Rechtsstaat hält Einzug in die Altenheime, er unterbindet ärztliche Dominanz in den Altenheimen von Wien. Meine Angst: das Gesetz wird ignoriert.

Neben dem Wiener Wohn- und Pflegeheimgesetz ist nun auch das Heimaufenthaltsgesetz in Kraft. Es werden hier österreichweit Freiheitsbeschränkungen für alten Menschen unterbunden und verboten. Was man Patienten niemals zugemutet hätte, hat man Pflegepatienten durch Jahrzehnte zugemutet: einsperren, anbinden, sedieren, ruhigstellen. Dies alles natürlich gegen den Willen von Pflegepatienten. Dies ist jetzt gesetzlich verboten. Es gibt auch eine Kontrolle dieser Freiheitsbeschränkungen durch den Verein für Sachwalterschaft, durch die Bewohnervertretung.

Traurige Nachrichten aus dem nahen Bayer. Im Februar 2006 hat Frau Professor Berzlanovich von der Rechtsmedizin München bei einem Vortrag auf dem Münchener Pflegestammtisch Todesfälle aufgrund unsachgemäßer Fixierungsmaßnahmen von Pflegepatienten öffentlich gemacht. Sie sprach von fünf Todesfällen innerhalb eines Jahres im Raum München (also auch im Landkreis) und dreißig Todesfällen in den letzten zehn Jahren im Einzugsbereich der Münchener Rechtsmedizin (Südbayern). Erschreckende Zahlen.

Weiters gibt es das Verbandsverantwortlichkeitsgesetz. Es können nun nicht nur Personen, sondern auch Institutionen verfolgt werden, wenn sie gesetzlich vorgeschriebene Normen nicht eingehalten haben. Ein Heim kann geklagt werden, wenn es die versprochene Pflege, wenn es die versprochen ärztliche Betreuung, wenn es die versprochen psychosoziale Betreuung nicht einhält, einfach übergeht, weil man um viel Geld nichts bieten will, Geschäfte machen will.

Pflegenotstand, Betreuungsnotstand, führen zu struktureller Gewalt. Es kommt zu gefährlicher Pflege, es werden die Menschen nicht betreut, kommen jahrelang nicht an die frische Luft.

Mit Eintritt in das Heim wird ihnen kulturelles Leben entzogen. Es gibt keine Zeitungen, es gibt keinen Hörfunk, es gibt nur den ganztags plärrenden Fernseher.

Fälle von individueller Gewalt sind nicht sehr zahlreich. Im Jahre 2005 wurden uns an der Pflegeombudsstelle 19 Fälle gemeldet. Im Jahre 2004 waren es 22 Fälle.

Die Fälle, in denen Menschen an struktureller Gewalt leiden, sind ohne Zahl.

Schon der Weg in die Langzeitpflege weist alle Merkmale struktureller Gewalt auf.

Ein alter Patient liegt im Krankenhaus. Von einem Tag auf den anderen wird ihm erklärt, dass er austherapiert sei. Er wird zum Pflegefall deklariert, ist nun Selbstzahler, denn die Krankenkasse zahlt keine Pflegekosten.

Auch die Angehörigen werden davon verständigt, können dagegen nichts unternehmen. Es findet also eine Entsicherung, aber auch eine Teilentmündigung statt, denn dieser Vorgang des Ausscheidens aus den Versicherungsverhältnissen, ist nicht zu beeinspruchen.

Das Pflegeheim, in das der Pflegepatient dann einrückt, meist in die Langzeitpflege einrückt und selten wieder zurückkehrt, kann sich der Pflegepatient selten aussuchen. Wird ein Pflegebett in Lainz frei, ist der Pflegepatient, auch wenn er von Donaustadt oder der Brigittenau gelebt hat, in Lainz.

Da er Selbstzahler ist, werden 80 % seiner Pension, auch der Mindestpension, für die Bezahlung seiner Pflegekosten weggenommen. Es verbleiben ihm 20 % der Mindestpension. Oft sind es weniger als 100 Euro, die übrig bleiben. Langzeitpflege führt in die Armut.

Da Pflegepatienten in der Langzeitpflege häufig isoliert sind, in den sozialen Tod hineinschlittern, verarmen sie auch geistig. Nun schreien alle nach einem Sachwalter. Es erscheint ein ärztlicher Gutachter, es entscheidet das Bezirksgericht. Tausende von Österreichern werden auf diese Art entmündigt. Es wird ihnen das Recht abgesprochen, den eigenen Verstand zu gebrauchen. Der fremde Verstand, der Sachwalterverstand, zeichnet sich dadurch aus, dass er nicht da ist, nicht anwesend, nicht verfügbar ist.

Es gibt Anwaltskanzleien in Wien, die bis zu 2000 Sachwalterpatienten „betreuen“, im Grunde genommen jedoch alle vernachlässigen. Gesetzlich vorgeschrieben wäre direkter Kontakt mit dem Pflegepatienten, durchgeführt wird er praktisch nie.

So kommen die Entsicherten, Entrechteten, Entmündigten nicht einmal zu den paar Groschen, die ihnen verbleiben, wenn bezahlt worden ist, was Pflege kostet.

Wir haben dieses Unrecht im Justizministerium vorgetragen. Man hat uns Recht gegeben. Auch die Richter haben uns Recht gegeben.

Es kommt nun, wahrscheinlich mit Beginn des kommenden Jahres 2007, ein Sachwaltergesetz, das neue Maßstäbe setzt. Wir sind guter Dinge, dass Unrecht beseitigt wird.

Doch die größte Form der strukturellen Gewalt, die Erklärung zum Procuratio-Fall, der Transfer vom Patienten zum Pflegepatienten, das müsste unbedingt gesetzlich unterbunden werden. Es muss, auf Sozialversicherungsbasis, eine gemeinsame Kranken- und Pflegeversicherung geben, so dass die schreiende Ungerechtigkeit ein Ende nimmt, dass ein Patient zum Pflegepatient degeneriert.

Einer genehmigt die Dekubitusmatratze nicht, ein anderer behandelt den Dekubitus schlecht. Und die Gerichte sehen darin kein Unrecht. Das nenne ich: altenfeindlich.

Dass ein Arzt erklärt, ein Patient sei austherapiert, ist glatte Lüge. Niemand ist austherapiert. Ein Arzt erklärt, die Therapie ist am Ende, fällt das Urteil: Pflegepatient. Und dann wird der Pflegepatient auf eine Pflegestation transferiert, wo ein Primarius, ein Oberarzt, etliche Unterärzte das Regiment ergreifen. Welch ein Hohn. Und die Ärzte spielen mit.

Der Entsicherung folgt eine übermedikalisierte Pflege, die in dieser Form nicht nötig ist, die eine Form strukturellen Gewalt darstellt. Denn ein Dasein in einem Pseudokrankenhaus führt zu keinen guten Lebensbedingungen für das hohe Alter. Dieses Dasein ist unzumutbar.

Wien baut Heime in einer Größenordnung von 240 – 336 Betten. Das Leben für Alte wird also nach Betten berechnet, nicht nach Wohnraum, Vergnügensraum, Betreuungspersonal. Gut wären kleinere Heim, am besten Wohngemeinschaften. Das, sagt die Gemeinde, könne sie sich nicht leisten. Nur die großen Einheiten würden sich rechnen.

Entschieden wird nach ökonomischen Kriterien, nicht nach sozialen Kriterien. Dabei sind die ökonomischen Kriterien falsch. Der Bürgermeister von Linz Franz Dobusch, ein Sozialdemokrat, hat mir vor kurzem erklärt, dass sich auch Heime mit 90 Pflegepatienten rechnen. Was sich in Linz rechnet und dort geht, müsste auch in Wien gehen. Heime mit höchstens 90 Patienten. Damit würde die strukturelle Gewalt von Monstereinheiten gemindert.

Wenn hierzulande Geldinstitute gerettet werden sollen, gibt es über Nacht Milliarden. Wenn hierzulande alte Menschen unter Bedingungen des vorigen Jahrhunderts hausen müssen – 70 Pflegepatienten, ein Badezimmer -, verzögert sich der Umbau und Neubau durch Jahrzehnten, weil kein Geld da ist.

Ich lebe gerne, und ich lebe gerne lange, weil ich das verändern will.